

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903**

14.2.1903 (No. 44)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 14. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einzugsgebühr: die gepaltene Postkarte oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Regensfonsempfehlen werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Nr. 44.

1903.

## Amtlicher Teil.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 5. Februar d. J. den Registrator Gustav Krumm beim Amtsgericht Heidelberg zum Amtsgericht Lehr und den Registrator Franz Kaufmann bei letztgenanntem Gericht zum Amtsgericht Heidelberg veretzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

Staatsminister a. D. Dr. Wilhelm Noff \*

\* Karlsruhe, 13. Februar. \*)

Das badische Land hat durch das heute früh 2 Uhr erfolgte Hinscheiden des früheren Staatsministers Dr. Noff einen herben Verlust erlitten. Nur kurze Zeit der wohlverdienten Ruhe nach dem hervorragenden Staatsmanne nach seinem am 27. Juni 1901 erfolgten Rücktritt vom Amte vergönnt gewesen und auch diese knappe Frist war nicht frei von Krankheit geblieben. Noch vor wenigen Monaten, anlässlich der am 30. November d. J. erfolgten Vollendung seines siebenzigsten Geburtstages, war es Noff beschieden, sich der tausendfältigen Beweise dankbarer Verehrung zu erfreuen, die ihm von allen einsichtigen Politikern hinaus über die Zeit seines amtlichen Wirkens aufrichtigen Herzens gewidmet worden ist. Staatsminister Dr. Noff hat während mehr als zwei Jahrzehnten das wichtige und umfangreiche Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts geleitet und war während der letzten acht Jahre seiner Wirksamkeit gleichzeitig Präsident des Staatsministeriums. Im Vollbesitz der fürstlichen Guld seines gnädigsten Herrn hatte Dr. Noff das ihm überantwortete Amt verwaltet, im Vollbesitz des Vertrauens Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs ist Noff vom Amte zurückgetreten, als die leidende Gesundheit des fast Siebzighjährigen den Anforderungen des aufreibenden Dienstes nicht mehr in vollem Maße gerecht zu werden vermochte. Nur die Ueberzeugung, daß es Ihr Wohlergehen erfordert, auf Ihre Gesundheit Rücksicht zu nehmen, mußte mich verpflichten, Ihrem Wunsche zur Ruhe getreut zu werden, entgegen zu kommen. So schrieb in der Stunde des Abschieds der Großherzog seinem hervorragenden Ratgeber, und als der edle Fürst gestern mittag an das Bett des mit dem Tode Ringenden trat, um ihm zum letzten Male ins Auge zu blicken und den Scheidegruß zu entbieten, mögen in des Großherzogs dankbarem Herzen aufs neue lebendig geworden sein die ehrenden Worte, die Höchstselber am Tage von Noffs Rücktritt an diesen gerichtet hatte:

„Auf allen Gebieten der Ihnen auferlegten Tätigkeit haben Sie gewußt, Interessen zu pflegen, welche erhebend und veredelnd auf weite Kreise wirkten, und damit ein Ziel erreicht, das zu dem Schönsten und Besten gehört, was in staatlicher Wirksamkeit als Ideal gelten kann. Die Stunden, in denen Sie mir Ihre Absichten und Anträge darlegten, gehören zu den schönsten Erinnerungen meiner staatlichen Tätigkeit. Mit besonderer Dankbarkeit gedenke ich aber der Zeiten, da Ihr Rat sich als erfolgreich bewährte, geleitet von dem Sie beherrschenden Gedanken, das Wohl des Landes zu fördern. Die Gerechtigkeit hoch zu halten, die Rechte der Krone zu wahren, die Kraft der Regierung ungeschwächt zu lassen, und doch dabei die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zu beachten — das haben Sie in langen Jahren gewissenhaft als Ihre höchste Aufgabe gepflegt und beharrlich durchgeführt.“

Unter Dr. Noffs Leitung hat sich in den letzten zwanzig Jahren eine bedeutungsvolle Fortentwicklung des Elementarunterrichtswesens, verbunden mit einer wesentlichen Gebung und wirtschaftlichen Verbesserung des Standes der Volksschullehrer, vollzogen, ist das Mittel- und Fachschulwesen, letzteres namentlich durch die Ausgestaltung der Baugewerkschule und der beiden Kunstgewerbeschulen, kräftig gefördert worden und haben unsere zwei Universitäten, die Technische Hochschule und die Akademie der bildenden Künste reiche Blüten und Früchte gezeitigt. Im Gebiete der Justizverwaltung sind unter seiner Leitung wichtige Umgestaltungen zur Durchführung

gelangt. Namentlich ist es gelungen, das Bürgerliche Gesetzbuch und seine vielverzweigten Nebengesetze unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten in einer den Landesverhältnissen wohl angepaßten Weise einzuführen. Im Geschäftskreise des Kultus haben sich unter der Einwirkung der maßvollen Persönlichkeit des leitenden Ministers die einst gespannten Beziehungen zwischen dem Staate und den Organen der Landeskirchen freundlich gestaltet, manche Streitpunkte, welche früher die Gemüter erregten, sind erledigt und insbesondere ist durch Einführung der örtlichen und allgemeinen Kirchensteuern und durch reichliche Dotation der Geistlichkeit aus Staatsmitteln die wirtschaftliche Grundlage für das Gedeihen der religiösen Gemeinschaften wesentlich verstärkt worden. Ein in sich gefestigter Charakter, eine auf den unverrückbaren Grundlagen wahrheitsvoller Wissenschaft und in Schönheit aufgehenden Künstlertums stehende Persönlichkeit scheidet mit Noffs Heimgang aus dem öffentlichen Leben, ein gerecht wägender, allem Extremen abhold Mann, dessen Wesen und Wirken beeinflusst war von Grillparzers Wahrspruch: „Alles Wirkliche gehorcht dem Maß“.

## \* Verfehlte Wahlpolitik.

Man hätte meinen sollen, daß die starke Zunahme, deren sich die sozialdemokratische Partei sowohl an Wählerstimmen wie an Mandaten seit dem Jahre 1890 rühmen kann, und daß ferner das Benehmen der sozialdemokratischen Abgeordneten während der letzten Reichstagsession, die bürgerlichen Parteien dahin hätte bringen müssen, sich über die bei den nächsten Wahlen zu beobachtende Taktik gegeneinander und gegen die Sozialdemokratie schon jetzt klar zu werden. Statt dessen begegnet man einer Konfusion, die alle früheren Fehler der bürgerlichen Parteien übertrifft.

Beginnen wir mit der mächtigsten bürgerlichen Partei, dem Zentrum. Herr Pfarrer Wacker hat lesthin in einer vielbeachteten Rede den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie befürwortet. Ebenso ist man in norddeutschen Zentrumskreisen über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die extrem-agrarische Partei im klaren. Stehen wir also hier eine Neigung des Zentrums, gegen die extremsten Elemente von rechts und links vorzugehen, so erklärt das offizielle bayerische Zentrumsorgan: „Daß das Zentrum überall, wo es nicht selbst in Konkurrenz tritt, in erster Linie den Bund der Landwirte, dann aber auch jede andere Partei (also auch die Sozialdemokratie, A. d. N.) unterstützt, die in der Stichwahl gegen den Nationalliberalismus sich befindet, versteht sich von selbst.“ In die konservativen Gruppen ist durch den Bund ein Zweifelpart hineingetragen worden, der auch auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte nicht beigelegt, sondern eher verschärft worden ist. Wenn Herr v. Kröcher verlangt, daß die Nationalliberalen und Freikonservativen nicht prinzipiell bekämpft werden dürfen, und wenn Herr Diederich Sahn erklärt, die Worte Kröchers könnten wohl kaum ein Bundesmitglied bewegen, für einen Nationalliberalen oder Freikonservativen einzutreten, so ist es schwer, zwischen diesen Gegensätzen zu vermitteln. Auch über das Verhältnis zu den übrigen Parteien, insonderheit die Sozialdemokratie, besteht innerhalb der agrarisch-konservativen Gruppen durchaus kein Einverständnis. Auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte widmet Rittergutsbesitzer von Oldenburg der freisinnigen Volkspartei eine gewisse Anerkennung und verlangt einen scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie, die „Partei der Auflösung und Negation“. An demselben Tage aber fordert das bündlerische Organ im Kreise Schleswig-Oldenburg, wo eine Stichwahl zwischen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokratie stattgefunden hat, ziemlich unerblickt zur Unterstützung des Sozialdemokraten auf. Bei den linksliberalen Parteien ist die Verwirrung keineswegs geringer. Die beiden freisinnigen Parteien bekämpften einander während des letzten Altes der Zolldebatten mit einer rücksichtslosen Leidenschaftlichkeit, die wohl noch bei den Wahlen nachwirken kann. Was das Verhältnis zwischen diesen beiden Parteien einerseits und den Nationalliberalen andererseits anlangt, so war ja der Gedanke einer großen liberalen Gesamtpartei jederzeit als Chimäre anzusehen, immerhin aber schien es zurzeit der Reichstagsersatzwahl in Northeim nicht ausgeschlossen, daß die liberalen Parteien in Bayern und vielleicht auch anderwärts zusammengehen würden, jedenfalls in einem grös-

seren Umfange, als bei früheren allgemeinen Wahlen. Nun scheint aber das Gegenteil eintreten zu sollen. Die „Freisinnige Zeitung“ erklärt offiziell, daß die Nationalliberalen auch dort, wo sie bei den letzten allgemeinen Wahlen freisinnige Unterstützung erhalten hätten, nicht mehr unterstützt werden sollten. Die angeblich beabsichtigte Aufstellung nationalliberaler Kandidaten im ersten und zweiten Berliner Wahlkreise scheint die besondere Erbitterung der volksparteilichen Parteileitung hervorgerufen zu haben. Es lohnt nicht der Untersuchung, wer „angefangen“ hat; fest steht jedenfalls, daß der Kampf der liberalen Parteien gegen einander keiner von ihnen zu gute kommen wird, sondern in erster Reihe der Sozialdemokratie. Und das sollte vermieden werden.

## Wohnungsfürsorge.

Δ Berlin, 12. Februar.

Seit Jahren bemüht sich der preussische Staat an Orten, an denen die private Bautätigkeit da Bedürfnis an Kleinwohnungen nicht befriedigt, die Mieten unverhältnismäßig hoch oder gute Wohnungen zu angemessenen Preisen nicht zu haben sind, durch Herstellung kleiner Mietwohnungen für untere und neuerdings auch für mittlere Bedienstete die Möglichkeit eines angemessenen Unterkommens zu schaffen. Das erste Gesetz, das für diesen Zweck einen Kredit gewährte, datiert aus dem Jahre 1895, ihm folgten vier ähnliche in den folgenden Jahren. Während in den ersten Gesetzen jedesmal die Kreditsumme sich auf 5 Millionen Mark belief, wurde sie in dem Gesetze vom Jahre 1902 auf 12 Millionen erhöht. Jetzt ist dem preussischen Abgeordnetenhaus ein neues Wohnungskreditgesetz mit einer weiteren Forderung von 12 Millionen Mark zugegangen. Wird es, wie kaum zu bezweifeln ist, vom Landtage angenommen, so werden für den angegebenen Zweck 44 Millionen Mark bewilligt sein. Von den bisher schon bewilligten 32 Millionen waren am 1. Oktober 1902 31 Millionen Mark bereits verwendet oder zur Verwendung festgelegt. In den ersten Jahren beteiligten sich an der Verwendung die Eisenbahn-, die Bau- und die Bergverwaltung. An dem durch das Gesetz von 1902 bewilligten Fonds wurde auch die Verwaltung des Innern beteiligt. Von den genannten 31 Millionen entfielen auf die Eisenbahnverwaltung 24,9 Millionen Mark, auf die Bauverwaltung 0,4 Millionen, auf die Bergverwaltung 4,1 und auf die Verwaltung des Innern 1,6 Millionen Mark. Inzwischen wird wohl auch die noch zur Verfügung gewesene letzte Million ausgegeben sein, so daß auf dem in Rede stehenden Gebiete eine Stodung in der Tätigkeit eintreten müßte, wenn nicht für einen neuen Kredit gesorgt wird. Mit den bisher zur Verfügung gewesenen Mitteln ist es gelungen, über 7000 Wohnungen herzustellen, wovon über 6000 auf die Eisenbahnverwaltung, rund 750 auf die Bergverwaltung und rund 400 auf die Verwaltung des Innern entfallen. Die Bauverwaltung ist nur mit einer ganz geringen Zahl beteiligt. Die Kredite werden teils zur Ausführung staatseigener Bauten, teils zu Baudarlehen an Baugesellschaften verwendet. Von den insgesamt über 7000 Wohnungen entfielen auf staats eigene Bauten über 5000. Die Unterstützung der Baugesellschaften trat bisher also gegenüber den eigenen Bauten zurück. Jedoch ist durch Ausarbeitung neuer Darlehensbedingungen dafür gesorgt, daß der gesellschaftliche Wohnungsbau späterhin mit den Staatsmitteln in größerem Maße wird gefördert werden können.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 12. Februar.

Abg. Sild (fortfahrend): Abg. Wurm behauptete, daß im Rheinland und Westfalen Arbeiter entlassen werden, die mit den Fabrikinspektoren in Verkehr treten. Hoffentlich wartet er mit den Beweisen hierfür nicht so lange, wie Abg. Rebel bei dem Tuderbrief. (Ohl bei den Sozialdemokraten.) Redner hält den zehntägigen Arbeitstag für durchaus genügend. Man kann wohl den Arbeitgebern vorschreiben, daß sie die Arbeiter nicht länger beschäftigen dürfen, falls ihre häuslichen Verhältnisse es wünschenswert machen und ihre Kräfte es erlauben. Das wollen die Sozialdemokraten aber nicht, daß jemand sich durch Ueberstunden einen Fonds ansammelt, um sich allmählich aus dem Proletariat, wie sie es selbst nennen, zu erheben. Stehen wir zusammen gegen die Sozialdemokratie! Wir zwingen sie doch noch zu Boden. (Beifall bei der Mehrheit. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Abg. Camp (Reichsp.): Die Sozialdemokraten sollen uns doch erst zeigen, wo sie selber mit gutem Beispiel voran-

\* Aus einem heute früh 8 Uhr ausgegebenen Extrablatt der „Karlsruh. Ztg.“ wiederholt.

gegangen sind. Wo haben Sie denn den Achtstundentag? Der „Vorwärts“ hat ja so erhebliche Ueberschüsse, fangen Sie doch da an, Leuten Honorare zu zahlen, wie Sie sie für angemessen halten. (Sehr richtig! recht! Lärm bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen sich von den Großen der Arbeiter.

Abg. Gamp: Ich habe „sie“ klein geschrieben. (Geisterlichkeit.) Die Forderung, Arbeiter in den Reichstag zu schicken, kann doch nur so verstanden werden, daß die jetzigen sogenannten Vertreter der Arbeiter kein Verständnis für deren Interessen haben, weil sie selbst nicht Arbeiter sind. Die Wiedereinrichtung trifft den Mittelstand sehr schwer. In der Handwerkerfrage ist das geringste Wohlwollen der Regierung dem Handwerkerstande gegenüber zu beklagen. Früher hat man wohlwollendere Worte vom Regierungstische gehört. Meine politischen Freunde werden die sozialpolitische Aktion unterstützen. Unsere Entwicklung muß weiter vorwärts gehen, aber erst wagen, dann wagen.

Abg. Augst (freis. Volksp.) spricht sich gegen den Befähigungsnachweis aus.

Abg. Staudy (konf.): Die vielen eingebrachten Anträge hätten zunächst nur einen theoretischen Wert. Sie sollten doch erst mit den Wählern besprochen und dann eingebracht werden. Redner greift dann die Mittelstandspolitik des Grafen Pofadowsky an.

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Ich fühle mich veranlaßt, zur Geschichte der Gastwirtsverordnung zu bemerken, daß in eingehender Weise seitens der arbeitsstatistischen Kommission nicht nur die Organisationen gehört worden sind, daß nicht nur Fragebogen förmlichen in Betracht kommenden Betrieben zugestellt und von 10 Proz. derselben beantwortet sind, sondern daß auch eine große Anzahl einzelner Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört worden ist. Darauf ist der Bericht der arbeitsstatistischen Kommission festgestellt und der Öffentlichkeit mitgeteilt. Auf Grund der dann aufgestellten Grundsätze ist die Gastwirtsverordnung entworfen. Jetzt hört man nur noch von Interessenten, denen eine solche Verordnung eine Last ist. Dergleichen Angriffe muß man mit kritischer Sonde behandeln. Vor einer etwaigen Aenderung der Verordnung bitte er Vorschläge zu machen, die eingehend geprüft werden sollen. Dem Abg. Staudy gegenüber möchte er nochmals feststellen, daß seine Erörterungen über Mittelstandspolitik sich anknüpfen an die Frage des allgemeinen Befähigungsnachweises. Eine besondere Schwierigkeit des allgemeinen Befähigungsnachweises liege in der Abgrenzung gegenüber den Hausgewerbebetrieben und Fabrikbetrieben (Sehr richtig! links.) Die Bestimmungen der Gewerbeordnung gehen ja dahin, daß nur Derjenige Lehrlinge halten darf, der selbst das Gewerbe gelernt hat. Man dürfe die Frage des Befähigungsnachweises. Wenn den Regierungen vorgeworfen werde, daß die Sonntagsruhe in den Glashütten noch nicht geregelt sei, stelle er fest, daß eingehende Nachforschungen, aber durch dieselben dargelegt wurde, daß die Verhältnisse in den Glashütten sehr verschieden seien.

Abg. Stöcker (fraktionslos): Die Reden Burns hier auf der Tribüne sind unerhört. Unter den Sozialdemokraten sitzen doch auch reiche und besitzende Leute, aber reich sein und dann solche Reden halten, ist etwas, was gegen jede politische Vernunft ist. Unter den sozialdemokratischen Abgeordneten sind nur drei wirkliche Arbeiter. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wenn es nach Annahme des Zolltarifs in Flugschriften hieß, die Mehrheit fülle sich die Taschen mit Buchergeldern, so ist das eine Verlogenheit ohne gleichen. (Sehr wahr! recht! Gelächter und Zurufe links.) Dieselben Leute, die sich über den Brotwucher beschwerten, haben nichts dagegen, daß die Berliner sozialistische Genossenschaftsbrotbäckerei zehntausend Prozent verdient hat. Die Wädereigenossenschaft, bei der jeder 5 M. eingezahlt habe, habe 1898/99 nach dem Genossenschaftsbericht einen Gewinn von 500 M. gezahlt. (Sehr gut! recht! großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Redner geht dann auf die gestellten Anträge und Resolutionen ein.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen verläßt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. — Schluß 6/4 Uhr.

\* Berlin, 13. Februar.

(Telegraphischer Bericht.)

Präsident Graf v. Helldorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Stöckel (Zentr.) befragt seine Resolution, betreffend Einführung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages und verteidigt das Verhalten des Zentrums auf sozialpolitischem Gebiete gegen die Angriffe der Sozialdemokraten. Das Zentrum stelle sich nicht wie die Sozialdemokratie auf den Boden der reinen Negation, zumal nicht da, wo es den Ausschlag zu geben hat. Es sei eine Genzelei der Sozialdemokraten, daß sie ihre Gewerkschaften als neutral bezeichnen. Diese tragen durchaus politischen Charakter.

Abg. Albrecht führt aus, in keiner Weise herrsche der Religion gegenüber so große Toleranz, wie in der Sozialdemokratie. Seine Partei fordere den Arbeiter auf, sich möglichst viel Wissen anzueignen. Redner polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Paasche, betreffend die Krupp'schen Wohlfahrtseinrichtungen. Seine Partei wolle keine Wohlthaten, sondern nur die freie Koalition für die Arbeiter. Als Redner vom Zentrum sagt, daß es bei der Zolldebatte politische Hochstapelei getrieben, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

## Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 13. Februar.

Heute früh erhielten Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin die schmerzliche Nachricht von dem sanften Hinscheiden des von Höchstendenen so hoch verehrten Staatsministers Dr. Koff. Ihre königlichen Hoheiten haben die Wiederholung des Menuetts aus der Wohlthätigkeits-Aufführung in der Festhalle am 1. d. M., welche heute im Großherzoglichen Schlosse stattfinden sollte, auf künftigen Mittwoch verschoben. Um 11 Uhr empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den Finanzminister Dr. Buchenberger zur Vortragserstattung.

Mittags 12 Uhr fuhren Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin zu Frau Staatsminister Koff und brachten ihr den wärmsten Ausdruck treuer Teilnahme an ihrer tiefen Herzenstrauer dar. Höchstlieblichen konnten auch den übrigen Familien-

gliedern herzliches Mitgefühl kundgeben und dann die auf dem Krankenlager ruhende sterbliche Hülle des Entschlafenen besuchen und von den edlen Zügen des Heimgegangenen Abschied nehmen.

Am Nachmittag empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo zur Entgegennahme verschiedener Berichte über erteilte Aufträge. Später hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Präsidenten Dr. Nicolai und des Legationsrats Dr. Seyb.

(Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Konstanz.) Etamäßig angestellt ist: der Postwärter Wadenbach in Breisach als Postassistent.

Verstirbt ist der Postassistent Guldner von Furtwangen nach Frankfurt (Main).

Es tritt in den Ruhestand: die Telegraphengehilfin Sambrecht in Offenburg.

Gestorben sind: der Postsekretär a. D. Baition in Freiburg, der Ober-Postassistent Zähringer in Waldshut.

(Todesfall.) Gestern vormittag ist Herr Oberst a. D. Rhein in San Memo gestorben. Geboren am 19. Dezember 1833 zu Kaltenherberg, Amt Lörrach, trat er am 16. November 1850 beim Badischen Feldartillerie-Regiment als Freiwilliger ein. Nach dreijährigem Aufenthalt in der Kriegsschule, wurde er Vorpostenfähnrich im Badischen Leib-Grenadier-Regiment, 1854 Leutnant, 1859 Oberleutnant, 1866 Hauptmann im gleichen Regiment. 1858 bis 1861 war er als Aufwachtsoffizier und Lehrer an das Groß-Kadettenhaus kommandiert. Nach Teilnahme an den Feldzügen von 1866 und 1870/71 wurde er zum 1. Josen. Infanterie-Regiment Nr. 18 nach Glatz verlegt, 1874 zum Major ernannt unter Verlegung zum 5. Kommer. Infanterie-Regiment Nr. 42 in Weh, 1876 wurde er Bataillonskommandeur in Kolmar, 1880 Kommandeur des Landwehrbezirks Stodach, 1881 wurde der zum Oberleutnant befördert, 1886 nahm er seinen Abschied. 1895 anlässlich der 25jährigen Erinnerungsfeier an den Krieg 1870/71 wurde ihm der Charakter des Oberst verliehen. 1889 wurde er zum ersten Vizepräsidenten des Badischen Militärvereinsverbandes gewählt und nach seinem Rücktritt im Jahre 1900 zum Ehrenmitglied des Präsidiums ernannt. Er war ein eifriger Förderer der Militärvereinsfrage, ein braver Soldat und lebenswürdiger Kamerad, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreute.

P. (Handelskammer Karlsruhe-Vaden.) Am Dienstag fand die ordentliche Versammlung der Wahlberechtigten statt. Zunächst kam die eingestellte Rechnung für 1902 in Vorlage. Auf den Bericht der Rechnungsprüfungskommission hin wurden die Kammer und der Kassier für die Rechnung entlastet. Den Herren Rechnungsrevisoren wurde für ihre Mithaltung der Dank der Versammlung ausgesprochen. In die Rechnungsprüfungskommission für 1902 wurden die hier wohnenden Herren Kaufleute Karl Wimpfheimer und Heinrich Oertel wieder als Revisoren, die Herren Brauereidirektoren Karl Moninger und Kaufmann Bernhard Fuchs, beide ebenfalls hier, wieder als Ersatzmänner gewählt. Der Vorschlag für 1903 fand in der vorliegenden Fassung die Genehmigung der Versammlung. — Auf die Veranlassung der Wahlberechtigten folgte eine Sitzung der Handelskammer. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß am 6. l. M. in Wiesbaden Herr Privatier Christian Veutenmüller gestorben ist. Der früher als Fabrikant in Breiten tätig war und dem Kollegium der Handelskammer von 1880—1891 angehört hat. Zu Ehren des Heimgegangenen erhebt sich die Versammlung von den Säulen. — Der Vertreter der Handelskammer im Eisenbahnrat referiert über den Entwurf des Fahrplans für den Sommerdienst l. J. und über die bis jetzt zu demselben eingegangenen Wünsche. — An die Kaiserliche Oberpostdirektion hier hatte sich die Handelskammer mit der Bitte um Herausgabe eines neuen Fernsprechnennungsverzeichnisses gewandt. In dem hierauf ergangenen Bescheid heißt es u. a.: „Die Kennanlage des Verzeichnisses der Teilnehmer des Bezirks Karlsruhe befindet sich in Arbeit und wird den Teilnehmern anfangs April zugestellt werden. Das Verzeichnis wird künftig in zwei Hefen erscheinen, von denen das eine die Teilnehmerliste, das andere das Teilnehmerverzeichnis enthält. Das letztere soll für die Folge in kürzeren Zwischenzeiten als bisher, die Teilnehmerliste über den Sprengbereich hingegen in einjährigen Zeiträumen neu aufgestellt werden. — Die Handelskammer stimmt darauf der (gestern mitgeteilten) von der Berliner Kaufmannschaft gefassten Resolution gegen das Vorseingeseh zu. — Von dem Vereine Schwarzwälder Gastwirte ist der Handelskammer ein Abdruck einer Eingabe zugegangen, welche dieser wegen der Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften“ an den Bundesrat gerichtet hat. Die Vorstellung läuft in das Petition aus, daß die Verhältnisse in Hotels, Gast- und Schankwirtschaften getrennt geregelt werden möchten, und zwar einmal für Gastwirtschaften, Hotels, Sanatorien und Pensionen zusammen und sodann für Schankwirtschaften, sowie daß gestattet werde, die Abständigen Ruhezeiten auf die stille Zeit zusammenzulegen und die sechsstündige Ruhezeit entweder um 6 Uhr — statt um 8 Uhr — morgens beginnen zu lassen oder wöchentlich zweimal je drei Stunden zu gewähren zwischen 6 Uhr früh und 10 Uhr abends. Es wird beschlossen, diese Eingabe zu unterstützen. — Weiter schließt sich die Handelskammer einer Anregung der Handels- und Gewerbekammer zu Augsburg an, welche dahin geht, daß für das ganze Reichsgebiet Postanweisungs-Umschlagsformulare, wie sie in Württemberg üblich sind, eingeführt werden möchten. — Zur Einsichtnahme liegen für Interessenten im Bureau der Handelskammer auf das Verzeichnis der Vorlesungen der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften zu Frankfurt a. M. für das Semesterjahr 1903 und eine Denkschrift über die Entwicklung des Kaufmanns-Gebietes in der Zeit vom Oktober 1901 bis Oktober 1902.

(Die Wahlverwandtschaften in der Chemie.) war das Thema, das Herr Geh. Rat Engler, in Fortsetzung des zu gunsten der „Volkshilfsliteratur“ des Badischen Frauenvereins“ veranstalteten Vortragszyklus, behandelte. Der große Saal des neuen chemischen Instituts war bis auf den letzten Platz gefüllt; Vertreter aus allen hiesigen Geschäftskreisen waren erschienen, um den Vortrag des berühmten Gelehrten zu hören. Selbst aus Heidelberg waren einzelne Herren herbeigezogen. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin, sowie Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin zu Lippe mit Gefolge wohnten dem durch Experimente unterstützten, glänzend verlaufenen Vortrag bei. Der Redner knüpft an die Handlung in Goethes „Wahlverwandtschaften“ an, worin Gathe und Gattin im Verkehr mit Freund und Freundin jenes Ehepaars ihre Reigungen vertauschen, so daß ein neuer Bund zwischen Charlotte und dem Hauptmann, zwischen Eduard und Ottilie entsteht. — Die Worte Charlottens „Nichts ist bedeutender für jeden Zustand, als die Dazwischenkunft eines Dritten“, ist eine Wahrheit, die das ganze Weltall durchdringt, nicht bloß die Lebetwelt bewegt, sondern

auch die tote Natur beherrscht; das Stärkere, Energischere, Leidenschaftlichere wird Herr, das Schwächere, Unbedeutendere unterliegt, wird aus seinen Verbindungen ausgetrieben, ja vernichtet. Nur im menschlichen Leben tritt diesem Balten der Naturkräfte und Naturtriebe die Moral entgegen und bekämpft Sitte und Gesetz, Ehre und Pflicht jene elementaren Kräfte der Natur. Ein Konflikt dieser Art liegt dem Goetheschen Roman zu Grunde. Zu allen Zeiten haben tiefe Denker, namentlich Philosophen, die Ursachen nicht bloß der physischen, sondern auch der geistigen Eigenschaften des Menschen in die Materie und in ihre letzten Teile, die Elemente und Atome zerlegt, was Redner durch kurze Skizzierung der philosophischen Lehren von Empedokles, Leibniz und Eduard v. Hartmann erläuterte, um dann zur Besprechung der Vorgänge bei der Vereinigung und Trennung der Elemente und ihrer Atome überzugehen. Auch unter diesen walten natürliche Kräfte der Anziehung und Abstoßung, der Liebe und Abneigung, welche durch die chemische Anziehung, die sogenannte „chemische Verwandtschaft“, bedingt sind. An einzelnen Experimenten wurde gezeigt, wie Verbindungen von zwei Elementen durch das Hingelommen eines Dritten getrennt werden können. — Wie aber auch durch Singutreten von zwei weiteren Elementen zu einem Elementenpaar infolge Umtauschs zwei neue Paarungen entstehen — doppelte Wahlverwandtschaft — und wie solchen Umlagerungen oftmals vor den Augen des Beobachters langsam sich steigernde, manchmal aber auch lange unsichtbar vor sich gehende, mit plötzlicher Katastrophe endigende Kämpfe vorausgehen. Diese Vorgänge hängen direkt mit den Eigenschaften, insbesondere mit der elektrischen Potenz, mit der mehr oder weniger stark positiv oder negativ elektrischen Natur der Elemente zusammen, deren 71 vorhanden sind, und die sich in acht Familien von einander ähnlichen Elementen gruppieren. Wie in der menschlichen Gesellschaft, so kann man dabei in gewissem Sinne zwischen edeln, bürgerlichen und anderen Geschlechtern unterscheiden, wobei dann aber nicht die Glieder einer, sondern die Glieder verschiedener, möglichst gegensätzlicher Familien das Verhalten zu unigen und feinen Vereinigungen bestimmet. Auf Grund dieser und anderer Analogie-erscheinungen legen deshalb die Alchemisten: den Stoff individuelle Eigenschaften, gleich Einzelwesen, unter, was dann auch an der Sprache der Alchemie und der daraus hervorgegangenen älteren Chemie zum Ausdruck kam, wie vom Redner durch Beispiele gezeigt wurde. Menschliche Fähigkeiten, Triebe und Leidenschaften wurden auf die Elemente, ihre Verbindungen und Umlagerungen übertragen und diese Vorlesungen führten schon vor langer Zeit auch zur Anwendung des aus menschlichen Verhältnissen entnommenen Begriffs der Wahlverwandtschaften, auf gewisse ähnliche Vorgänge in der Chemie, von wo aus dann Goethe denselben wieder auf seinen Roman übertrug.

(Wolzogen-Konzert.) Herr v. Wolzogen hat als mutiger Seemann sein getrandetes Ueberbreitsschiff nicht verlassen, unter neuer Flagge hat er es wieder flott gemacht, und ist eifrig betreibt, es durch die Flut verschiedenartiger Konkurrenz und spottwürdiger Anfeindung siegreich hindurchzuführen. Ob sich das alternde Schiff unter dem neuen Zeichen lange über Wasser halten läßt? Auf die Nützlichkeit der Besatzung wird es dabei jedenfalls in erster Linie ankommen. Wolzogen-Konzert (Unter Abend) heißt es jetzt auf dem Pettel, statt früher Bunte Theater (Ueberbreit). Aus der geistigen Vorstellung im Museumsaal haben wir den Eindruck gewonnen, daß der Unterschied zwischen einst und jetzt eigentlich nur in dem nicht allzu verschiedenen Namen liegt. Einen richtigen, ernsthaft zu nehmenden Geiger, wie Herrn v. Altmoff, hätte schließlich das alte Brett als Ertragsgabe auch gut getragen, und die Neuerung, daß die Herren nicht im Wiederbeirerfortium, sondern im Grad, die Damen in Balltoilette oder in Phantastie-kostümen auftraten, bedeutet für das Wesen der Sache auch keine Aenderung. Herr v. Wolzogen reagiert wie früher mit bekannter guter Wirkung aus eigenen Dichtungen, Frau v. Wolzogens (geb. Seemann) Schwerpunkt liegt wie früher in den sehr kunstvoll und fein vorgezogenen kleinen Liedern mit Gitarrenbegleitung, Herr Emil Del Ley ist ein stimmlich sehr leistungsfähiger Sänger und Lizzie Soudermann verfügt über eine nicht unbedeutende Vortragskunst. Hr. Amby Groß weiß besonders Dialektgedichten teils amnützig, teils realistisch, immer originell und feissend zu sprechen, und Herr Kapellmeister Erich Band ist ein ausgezeichnete Klavierspieler, der mit dem erwähnten Violinisten Herrn v. Altmoff den musikalischen Mittelpunkt bildet. Daß bei dem neuen Unternehmen auf deutliche Aussprache des Textes und auf Verbeutlichung des Ausdrucks durch Pantomimie besonderes Gewicht gelegt wird, machte sich nicht förmlich bemerkbar, obgleich Herr v. Wolzogen in einer einleitenden Ansprache darauf hingewiesen hatte. Das alte Brett hat der Pflege des Textes auch schon die nötige Sorgfalt angedeihen lassen. Im ganzen war es ein recht unterhaltender Abend in alter Brettlart. Unter den einzelnen Vortragsnummern traten viele alte Bekannte hervor, die von dem sehr zahlreichen Publikum mit besonders freudlichem Beifall begrüßt wurden. Die Oskar Strauß'sche Musik, wie wir sie gestern wieder in „Hans Tröffel“ hörten, ist von späteren Brettlkomponisten doch nicht mehr erreicht worden.

(Chargiertenversammlung der freiwilligen Feuerweh.) Im hinteren Saale der Brauerei-Kammerer fand am Mittwoch Abend eine Chargiertenversammlung der freiwilligen Feuerweh statt, die von nahezu sämtlichen Chargierten des Korps besucht gewesen war. Die Tagesordnung umfaßte u. a. verschiedene dienstliche Mitteilungen. Einen breiten Rahmen in der Diskussion nahm die seitens des Korps abgeschlossene Haftpflichtversicherung und die Frage eines eventuellen Anschlusses einer Unfallversicherung ein. Die Ansicht sämtlicher Redner ging dahin, daß wenn die Vermählungen des Landesauschusses, die Unterstützungsfrage der Landesfeuerwehrunderstützungskasse nach den Normen der staatlichen Unfallversicherung zu regeln, nicht von Erfolg gekrönt sein sollten, das Korps von sich aus einer Unfallversicherung näher treten möge. Ganz speziell wurde jedoch hervorgehoben, daß wenn eventuell ein Abschluß mit einer Unfallversicherungsgesellschaft erfolgen sollte, die Leistungen derselben in keiner Weise bei einer eventuellen Unterstützungsabnahme der Landesfeuerwehrunderstützungskasse in Rechnung gezogen werden darf, indem diese Versicherungsabnahme lediglich eine ganz private Abmachung des Korps unter seinen Mitgliedern in sich involviere. Eine weitere Mitteilung betraf die Abhaltung der jährlich zur Feier des Stützungsfestes stattfindenden Abendunterhaltung, die am 14. März im großen Festhallsaal stattfinden.

(Sitzung der Strafkammer II vom 11. Februar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Eller. Vertreter der Groß- Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schlimm. — Eine Anklage wegen unläufigen Wettbewerbs, begw. wegen Verstoßes auf diesem Vergehen, hatte zwei Pforzheimer Kleiderhändler, den Kaufmann Daniel Fischl aus Altdorf und den Kaufmann Gustav Feldmann aus Rummelsburg, vor die Strafkammer geführt. Es handelte sich bei diesem Falle, wie bei ähnlichen Anklagen, um einen der angebliehen Ausverkäufe, die inszeniert werden, um das Publikum anzulocken, und die der Staatsanwaltschaft schon des öfteren Anlaß zum Einschreiten gegeben haben. Wie aus der Verhandlung hervorging, hatte der Angeklagte Fischl seit März v. J. in Pforzheim als Inhaber eines Detailgeschäftes in Herren- und Knabenkleidern in Anschlägen in seinem Geschäftslokal, sowie durch Inserate einen „Ausverkauf wegen bau-

licher Veränderung" angekündigt. Dieser Ausverkauf war aber nicht zum Zweck der Beendigung des Geschäftsbetriebs erfolgt, vielmehr fand eine regelmäßige Verbilligung des Lagers durch Beschaffung neuer Waren statt. Diese Ware erhielt Fischl von dem Mitangeklagten Feldmann, der, obwohl er wusste, um was es sich bei dem Ausverkauf des Fischl handelte, aus seinem Geschäft Waren an diesen in erheblicher Menge regelmäßig lieferte. Das Gericht verurteilte Fischl wegen unläuterer Wettbewerbs zu 300 M. Geldstrafe, Feldmann wegen Beihilfe zu 200 M. Geldstrafe. — Durch das Ausstellen unzüchtiger Bilder und durch das Vorrätighalten solcher Darstellungen in seinem offenen Verkaufsladen in Pforzheim, hatte sich der Buchhändler Karl Ludwig Engelmann aus Wilsberg eine Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen zugezogen. Der Fall endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 M.

**(Aus dem Polizeibericht.)** Von Mitte vorigen bis 11. dieses Monats wurde in der Friedensstraße aus dem Hausgang eines Hinterhauses ein Fahrrad, System Kaiser, im Werte von 100 M. gestohlen. — Eine Wäscherin aus Sulzbach, die ab und zu bei einer Familie in der Friedensstraße beschäftigt war, hat dieser fortgesetzt Wäsche gestohlen. — Eine 35 Jahre alte Tagelöhnerin, die von ihrem Manne getrennt lebt und ein paar Tage in der Akademiestraße beschäftigt war, erhielt am 9. d. M., abends, ein Zwanzigmarkstück und einen Korb, um Einkäufe zu machen. Sie zog aber vor, das Geld und den Korb für sich zu behalten, und damit zu verschwinden. — In der Nacht zum 12. d. M. wurden an einer Einriegelung in der Karl Wilhelmstraße 7 Pfosten beschädigt, und dadurch dem Besitzer ein Schaden von etwa 50 M. zugefügt. — In derselben Nacht wurden an einem Magazin in der verlängerten Föbelstraße 34 Fenster Scheiben, etwa 100 Stück Holz und 63 Hohlziegel demoliert, und dadurch dem Eigentümer ein Schaden von nahezu 100 M. verursacht. — Der Haftet wurde ein Tagelöhner aus Oberach, weil er am 11. d. M., nachmittags, in angetrunkenem Zustande in der Kronenstraße von einem Wagen herab fiel, welche an die Bahn gebracht werden sollten, ohne jeglichen Anlaß herabzufallen.

**Kleine Nachrichten aus Baden.** Die Friseur- und Perrückenmacher beschäftigen sich in einem Landesverbande zusammenzuschließen und die vorbereitenden Schritte auf einem nächsten Monat in Offenburg stattfindenden Delegierten-Tage zu beraten. — Aus Sulzbach wird gemeldet: Als am Sonntag hier die Polizei Feierabend bot, leisteten zwei Italiener Widerstand. Einer derselben rief dem Polizeibeamten den Säbel aus der Scheide und verlebte ihn an der Hand. Noch in der gleichen Nacht reisten die beiden Kaufleute ab, unter Mitnahme des Säbels. — Dieser Fall wurde in Urloffen der letzte Tabakvermögen und zwar zusammen 3535 Zentner 24 Pfund, 450 Zentner weniger wie im Vorjahre. Dieses Minderegebnis bedeutet für die Gemeinde einen Verlust von etwa 80 000 M. — In Sulzbach brannte das Wohn- und Wohnnietgebäude des verstorbenen Jonas Kern vollständig nieder. Der Brand entstand auf der Bühne, auf welcher etwa 60 bis 70 Zentner Heu lagerten. — In Biederbrunn (Amt Waldshut) feierte vorgestern der Gemeindevorstand Josef Schmidt mit seiner Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit. Das Jubelpaar zählt zusammen 155 Jahre. — Vorgestern brannte in Steinheim bei Waldshut das Anwesen des Herrn Eichhorn, genannt: „Der hintere Hof" vollständig nieder. Das Vieh konnte gerettet werden, vom Mobiliar dagegen nur wenig.

## Die marokkanische Frage.

(Telegramm.)

Tanger, 13. Febr. Die letzten Nachrichten aus Fez vom 8. d. M. melden, daß alles ruhig sei. Vom Prätendenten sind keine neueren Nachrichten eingegangen. Kenbibi jetzt seinen Vormarsch behufs Pazifizierung auf Taza fort.

## Der Konflikt mit Venezuela.

(Telegramm.)

London, 11. Febr. Die Verbündeten drei Mächte sind darin übereingekommen, daß die Bowen unterbreiteten Protokolle zusammen unterzeichnet werden müßten, so daß keine Rede davon sei, daß das Protokoll einer Macht früher erledigt werden könne, als das einer anderen. Sämtliche drei Mächte handelten in dieser Angelegenheit in vollständiger Uebereinstimmung. Die Protokolle bestimmen, daß die Frage der Forderungen der drei Mächte gefordert von denen anderer Mächte behandelt und dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden soll. Dieser Punkt ist der einzige, welcher dem Haager Schiedsgericht überwiesen werden soll. Es zeigt die Art an, wie Venezuela den Betrag anweisen kann, der unter die verschiedenen Gläubiger verteilt werden kann. In dieser Frage wollen Deutschland, England und Italien als einzige Mächte vor dem Schiedsgericht erscheinen, da ihre Interessen unter eine Rubrik fallen. Es verlautet, daß die unmittelbaren Zahlungen von Venezuela sich auf erstklassige Forderungen Deutschlands und Englands beziehen, da Italien keine derartigen Forderungen erhoben hat.

Washington, 13. Febr. Wie hier aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben die Verhandlungen in der Venezuela Angelegenheit zu einem befriedigenden Ergebnis geführt, so daß die Unterzeichnung der Protokolle morgen oder übermorgen zu erwarten ist.

## Statistisches.

(Telegramm.)

London, 13. Febr. Die „Morning Post" erfährt aus Shanghai: Es verlautet, daß die Forderung, die China im Jahre 1901 gegeben habe, nach welcher der Nachfolger von Robert Hart in der Oberaufsicht über die Seezollämter ein Engländer sein sollte, außer Kraft getreten sei, und daß der Marquis of Lansdowne in einem Vorschlag zugestimmt habe, daß an die Stelle von Hart ein internationaler Ausschuss gesetzt werde.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 12. Febr. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden u. a. die Ausschüsseanträge zu der Vorlage betreffend den Zoll- und Salzsteuer-

verwaltungskosten-Etat für das Großherzogtum Baden genehmigt. Ferner wurde den Ausschüssen über die Vorlage betreffend die statistische Behandlung des Zollanfallgebietes Bremen, sowie über die Vorlage betreffend Ausprägung von Reichsilbermünzen, und über die Vorlage betreffend Abänderung des Wahlreglements für den Deutschen Reichstag die Zustimmung erteilt.

Dresden, 13. Febr. Seine Majestät der König begab sich gestern vormittag zur Jagd nach der Dresdener Heide. Die Königin-Witwe, die vor einigen Tagen an Scharlach erkrankte, leidet gegenwärtig an einer leichten Zellgewebeentzündung und ist daher genötigt, einige Tage das Zimmer zu hüten. Hierbei ist nicht vorhanden.

Dresden, 13. Febr. Seine königliche Hoheit der Kronprinz ist von seinem Knöchelbruch soweit geheilt, daß er seit vorgestern wieder in der Reitbahn reitet.

Stuttgart, 13. Febr. Seine königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg traf heute nachmittags 12 Uhr 43 Min. zum Besuche seiner Majestät des Königs hier ein. Der König war zum Empfange auf dem Bahnhof erschienen. Nach gegenseitiger Begrüßung und Vorstellung des Gefolges führen die beiden Monarchen nach dem Wilhelmsplatz.

Stuttgart, 13. Febr. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute einstimmig einen Antrag an, durch den die Regierung ersucht wird, im Bundesrat durch eine baldige Aenderung des Gesetzes von 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds einzutreten, und zwar in der Richtung, daß in Zukunft nicht bloß an vollständig hilflosbedürftige Kriegsinvaliden die Reichshilfe gewährt wird, sondern auch denjenigen, deren Erwerbsfähigkeit dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist.

Wien, 12. Febr. Abgeordnetenhause. Im Einlaufe befindet sich eine (sehr phantastische) Interpellation des Abg. Dr. Eisenkolb und Genossen, betreffend die in Serbien und Bulgarien vorbereitete Mobilisierung und die infolge der Verhältnisse in Macedonien drohende Verwicklung Oesterreich-Ungarns in einen Krieg. Die Interpellanten behaupten, es bestehe begründeter Verdacht, daß der in Macedonien zu befristende Aufstand von Oesterreich aus angezettelt sei und geführt werde, und zwar von dem mit den Jesuiten verbündeten polnischen Adel, mit dem Minister des Reichs, Grafen Goluchowski, an der Spitze. Wenn Oesterreich-Ungarn und Rußland die Einmischung drohen, falls die bekannten Reformen nicht bald durchgeführt würden, so bedeute dies nichts anderes, als Krieg. Interessant sei auch die Stellung Englands, das aus egoistischen Gründen Oesterreich-Ungarn aufsehe, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Bemerkenswert seien ferner die ungewöhnlich häufigen Beratungen der höchsten Spitzen mit den Militärbehörden, unter Hinzuziehung der obersten Finanzverwaltungsorgane. Die Interpellanten verlangen daher Aufklärung über die auswärtige Lage.

Das Haus begann darauf die zweite Lesung der Konversionsvorlage. Der Finanzminister stellt fest, daß er den Rechtsstandpunkt teile, daß die Kompetenz für die Konversion der gesamten einseitigen Schuld allein dem Reichsrat zufalle, und daß einer eventuellen Kapitalisierung des ungarischen Teils der Effektivzinsfuß, das ist derzeit 4,2, zu Grunde zu legen sei. Er bespricht hierauf die Zinsfußfrage, in der er den Standpunkt vertritt, daß unter den heutigen Verhältnissen ohne alle Bedenken von 4 $\frac{1}{2}$  auf vier konvertiert werden könnte, während bei einer Konvertierung auf einen niedrigeren Zinsfuß, falls ein erheblicher Teil der Rentenbesitzer auf denselben nicht eingingen, die Gefahr eines großen Zustromens von Titres aus dem Auslande vorliege und in weiterer Folge ein ungünstiger Einfluß auf die Handelsbilanz und die Salutaregierung zu besorgen wäre. Der Minister bittet schließlich um unveränderte Annahme der Regierungsvorlage.

Kramarz trat für Konversion der gesamten einseitigen Staatsschuld ein, Menger für Weglassung der Worte „bis zum Höchstbetrage von 3600 Millionen", um hierdurch die Rechtsansprüche auf die gesamte Konversion zu wahren, ohne daß die Wirkung des Gesetzes hierdurch beeinträchtigt werde. Die Mehrzahl der Redner stimmte dem Antrag Menger zu.

Bei der Abstimmung wurde die Rentenkonversion von 4 $\frac{1}{2}$  in 4 Proz. angenommen. Der Antrag Menger auf Weglassung der Worte „im Maximalbetrage von 3600 Millionen" wurde mit großer Mehrheit genehmigt. Der Antrag Derschattas auf Streichung von „höchstens" vor dem Worte 4 Prozent wurde aber abgelehnt. Damit ist die Ausgabe der 3 $\frac{1}{2}$ prozentigen Ersparnisse verurteilt. Der Finanzminister will, um jede Verzögerung zu vermeiden, das Gesetz in dieser Form akzeptieren.

Paris, 12. Febr. Deputiertenkammer. Das Haus nimmt die Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend Abschaffung des Privilegs der Hausbrenner, wieder auf. Die Anhänger des Privilegs sehen die Obstruktion durch Stellung von immer neuen Änderungsanträgen fort.

Paris, 12. Febr. Senat. In der Fortsetzung der Beratung des Militärgesetzes stellt General Mercier einen Änderungsantrag, der dem Kriegsminister die Befugnis geben will, eine Anzahl Soldaten im dritten Jahre unter den Fahnen zu halten für den Fall, daß die Zahl der Kapitulanten nicht ausreichen sollte. Der Kriegsminister bekämpft den Antrag Mercier und erklärt, daß die Durchführung des Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit Frankreich ein tüchtiges, allen Bedürfnissen der Landesverteidigung entsprechende Armeesichere. Darauf wird der Antrag Mercier mit 196 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Frebet bringt hierauf einen ähnlichen Antrag wie Mercier ein, und verlangt dessen Ueberweisung an eine Kommission. Nachdem die Ueberweisung abgelehnt, wird die Sitzung aufgehoben.

Brüssel, 12. Febr. Repräsentantenkammer. Ministerpräsident Graf Smet de Naeyer bringt einen Gesetzesentwurf ein, nach dem die Verbrauchssteuer auf Alkohol von 100 auf 150 Francs pro Hektoliter erhöht werden soll. Das Ergebnis dieser Erhöhung soll zur Aufhebung der Zölle auf umgebrannten Kaffee, zur Erhöhung der Arbeiterpensionen und Amortisation der Staatsschuld dienen. Der Ministerpräsident bringt ferner einen Gesetzesentwurf ein, nach welchem die in Belgien anfassigen fremden Gesellschaften einer Besteuerung unterworfen werden. Die Rechte äußert sich zustimmend. Symans (gemäßigte Linke) erhebt Einspruch gegen die dringliche Prüfung der aufgeworfenen Fragen, die von der größten Wichtigkeit seien. Es entsteht eine lebhafte Debatte. Der Ministerpräsident erhebt ferner Einspruch gegen die Ausherrung der Sozialisten, welche von Ränken sprechen. Vanderbeide (Soz.) fragt, aber der Senat einberufen sei. Der Ministerpräsident erwidert, die Diskussion müsse heute noch zu Ende geführt werden, der Senat sei für morgen einberufen.

Die geheime Sitzung wurde abends um 10 Uhr geschlossen. Das Haus vertagte sich hierauf bis halb 12 Uhr, um der Kommission Zeit zur Beratung zu lassen. Dann nimmt das Haus die Sitzung wieder auf. Sozialist Denis hält eine lange Rede, in der er die Haltung der Minorität des Hauses gegenüber der Vorlage verteidigt, welche der Regierung Milionen zur Verfügung stelle, die ihr ermöglichen würden, ihre Herrschaft noch lange Jahre aufrecht zu erhalten und die Demokratie zu erdrücken. Heute früh um 5 Uhr wurde die Sitzung bis nachmittags 2 Uhr unterbrochen.

Der Gesetzesentwurf, betreffend Besteuerung fremder Gesellschaften in Belgien sieht eine Abgabe von 20 Prozent auf die in Belgien erzielten Gewinne vor, nebst der Verpflichtung, die Jahresbilanz im „Moniteur Belge" zu veröffentlichen.

Rom, 12. Febr. Kammer. Der Ministerpräsident Zanardelli bringt einen Gesetzesentwurf, betreffend die Reform des Justizwesens, ein und beantragt, den Beginn der Beratungen auf den 3. März festzusetzen. Das Haus stimmt dem Antrage zu.

Rom, 12. Febr. Senat. Bei der heutigen Beratung des Telephongesetzes teilte der Minister für Post und Telegraphie mit, er habe nach Verhandlungen mit Marconi die Einrichtung einer besonders starken Station für drahtlose Telegraphie in Rom zum Verlehr mit Argentinien gesichert und werde morgen eine entsprechende Vorlage einbringen. Das Haus nahm einstimmig eine zustimmende Tagesordnung und sodann das Telephongesetz an.

Madrid, 13. Febr. Auf die Nachricht von der bedenklichen Erkrankung der Erzherzogin Elisabeth ist Ihre Majestät die Königin Maria Christina mit der Infantin Maria Theresia gestern abend nach Wien abgereist.

Madrid, 13. Febr. In einer Unterredung bemerkte der Ministerpräsident Silvela, die derzeit in Spanien herrschenden Ausstände seien zweifacher Natur, der eine Ausstand sei ein Kampf zwischen Arbeit und dem Kapital, der andere die Folge anarchoistischer Ansätze. Im ersten Falle werde sich die Regierung bemühen, eine Einigung zu erzielen, im zweiten aber energisch gegen die Aufständigen vorgehen. Der Ausstand in Cadix ist jetzt auf die Salinen beschränkt.

Konstantinopel, 13. Febr. Die englische Bottschaft erhob bei der Abfertigung die angelegliche Entsendung von 15 Bataillonen, wie überhaupt gegen alle Truppenentsendungen nach Yemen Einspruch, bevor die Regulierung der Grenze des Hinterlandes von Yemen-Aden beendet ist.

Konstantinopel, 13. Febr. Meldungen englischer Blätter über türkische Rüstungen wie von einer Mobilmachung sind unrichtig.

Sofia, 13. Febr. Es verlautet, der Belagerungszustand soll sich auf die Distrikte Sofia, Philippopol und Kütendil erstrecken.

Sofia, 12. Febr. Die „Agence Bulgare" meldet: Die Gerüchte von einer Mobilisierung zweier Divisionen der bulgarischen Armee sind vollständig unbegründet. Die leitenden Kreise sind von der friedlichen Gesinnung durchdrungen und haben an eine Mobilisierung gar nicht gedacht.

Athen, 13. Febr. Die griechische Regierung bezieht Verweise dafür, daß Agenten des bulgarischen Komitees bemüht sind, in Griechenland ansässige Macedonier anzuwerben, die dann über die griechisch-türkische Grenze in Macedonien einfallen sollen.

New-York, 13. Febr. Eine Depesche aus Panama meldet, es sei ein amtliches Telegramm aus Guatemala eingegangen, welches besage, die Regierung dieser Republik habe den Krieg nicht erklärt, aber Salvador, Honduras und Nicaragua bedrohten Guatemala. Dieses sei indessen bereit, seine Ehre zu verteidigen.

Port Elizabeth, 12. Febr. Chamberlain hielt hier eine Rede, in welcher er ausführte, der Zweck seiner Reise sei ein doppelter: erstlich wolle er die Bottschaft des Friedens und der Versöhnung bringen, zweitens den Vorrechten und Verpflichtungen Südafrikas die ihnen zukommende Stelle im Reiche anweisen. Die Luft sei gereinigt in Südafrika, das jetzt besseren Zuständen entgegengehe. Der Grund für das gegenwärtige Chaos im Kapland sei ein ganz unberechtigtiger gegenseitiger Argwohn. Die Südafrikaner sollten vergessen, daß sie holländischer oder englischer Abkunft seien. Sie sollten alle Bürger eines vereinigten Reiches sein.

## Verschiedenes.

† Potsdam, 13. Febr. (Telegr.) Die Prinzessin Christine zu Salm-Salm ist heute morgen von einer Prinzessin entbunden worden.

† Wien, 13. Febr. Die „Wiener Zeitung" wird im August d. J. das Jubiläum ihres 200-jährigen Bestehens begehen.

† New-York, 12. Febr. (Telegr.) Ein großes Vorratshaus des Arsenals von Fort-McLund, das Kavallerie- und Infanterie-Equipierungen aller Art und eine Million Patronen mit rauchlosem Pulver enthielt, ist durch eine Feuerbrunst zerstört worden.

Weiter am Donnerstag, den 12. Februar 1903.

Hamburg, Meß und München trüb; Schweinmünde, Münster und Breslau zeitweise Regenschauer; Neufahrwasser und Chemnitz anhaltend Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 13. Februar 1903, vormittags 7 Uhr.

Triest dunstig 5 Grad, Nizza heiter 4 Grad, Florenz bedeckt 9 Grad, Rom halb bedeckt 6 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. vom 13. Februar 1903.

Die Depressions über Nordosteuropa besteht noch, doch hat sich das barometrische Maximum, das gestern Frankreich bedeckte, auf Island und Südschweden verlegt; damit sind nordwestliche Winde vorherrschend geworden und die Temperaturen sind gesunken. Stellenweise fällt in Deutschland Schnee. Kälteres und rauhes Wetter mit Regen- und Schneefällen ist zu erwarten.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

**Foulard-Seide** b. 95 Pf. bis 5.85 p. Met., f. Blumen u. Kosen. Franko u. schon bezollt ins Haus geliefert. Reiche Muster auswaßl umgehen.

Seiden-Fabrik Henneberg, Zürich.

Heute nacht verschied sanft nach längerem Leiden

## Dr. Wilhelm Nokk

Staatsminister a. D.

Die Hinterbliebenen.

Karlsruhe, den 13. Februar 1903.

Die Beerdigung findet statt Dienstag den 17. d. Mts. mittags 12 Uhr von der Friedhofkapelle aus.

9476

### Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute nacht 1 Uhr verschied nach längerem Leiden im Alter von 78 Jahren unser lieber Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Geh. Oberregierungsrat a. D.

## Otto Frey.

Im Namen der Hinterbliebenen  
Fanny Frey, geb. Stigler.

Blumenspenden werden im Sinne des Entschlafenen dankend abgelehnt.

Beerdigung: Samstag, den 14. Februar nachmittags 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus.

9446

## Universität Zürich.

Das Verzeichnis der Vorlesungen für das Sommersemester 1903 kann bezogen werden von der

9467

Kanzlei der Universität.

## Spinnerei u. Weberei Steinen Aktien-Gesellschaft.

Die Herren Aktionäre werden hiermit zur siebentzehnten ordentlichen Generalversammlung auf Dienstag den 10. März d. J., Vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in das Lokal der Basler Handelsbank, Basel, zur Behandlung folgender Geschäfte eingeladen:

1. Prüfung und Abnahme des Geschäftsberichts des Vorstandes mit den Bemerkungen des Aufsichtsrates.
2. Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung und der Bilanz.
3. Entloftung des Vorstandes und des Aufsichtsrates aufgrund vorberichtsener Berichte und Rechnungen.
4. Bestimmung über die Verwendung des Reingewinnes und die Höhe der auszuschüttenden Dividende.
5. Ergänzung des Statutes.
6. Beratung und Beschlussfassung über die an die Versammlung gestellten Anträge.

Jeder Aktionär, welcher an der Generalversammlung teilnehmen will, hat sich spätestens am dritten Tage vor dem Versammlungstage durch Hinterlegung seiner Aktien bei der Gesellschaftskasse, oder bei der Basler Handelsbank, Basel, oder vom Gesetze bezeichneter Stelle zu legitimieren. Hiergegen empfängt er die Eintrittskarte, welche allein zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigt. Unmittelbar nach der Generalversammlung werden die Aktien gegen Rückgabe des Hinterlegungsscheines wieder ausgeliefert.

Steinen, den 12. Februar 1903.

94721

Der Präsident des Aufsichtsrates:  
R. Geigy-Merian.

## Baden-Baden. Konversationshaus.

Samstag, den 21. Februar 1903, Abends 8 Uhr:

## Grosser Maskenball

in den festlich dekorierten und brillant beleuchteten Sälen des Konversationshauses.  
Zwölf Preise

worunter zwei Gruppenpreise von Mk. 150 und Mk. 100 in bar für originelle Gruppen von mindestens 3 Personen; ferner 5 Damen- und 5 Herrenpreise den schönsten oder originellsten Damen- und Herrenkostümen.

Zwei Ballorchester. — Eintrittspreis 3 Mk.

Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 5 Uhr:

## Humoristisches Karnevals-Konzert

des Städtischen Kur-Orchesters.

Montag, den 23. Februar, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: 9447.1

## Kostümierte Tanz-Réunion.

Dienstag, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr:

Kostümiertes Kinder-Fest.  
Das Städt. Kur-Komitee.

## Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.

Im Jahre 1821 errichtet.

Nach dem Rechnungsabschluss der Bank für das Jahr 1902 beträgt der zur Verteilung kommende Ueberschuss:

75 Prozent

der eingezahlten Prämien.

Die Mitglieder empfangen ihren Ueberschussanteil beim nächsten Ablauf der Versicherung (beziehungsweise des Versicherungsjahres) durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im § 11 der Satzung bezeichneten Ausnahmefällen aber bar durch die unterzeichneten Agenturen:

**Karlsruhe: Richard Graebener, Herrenstr. 17, Fernsprecher 1242.**

Albern Ratföhr. Wilh. Stephan

Abelsheim Ernst Gerold

Baden Frz. Wiegler

Bretten H. Scheifele

Breisach L. Schwörer

Bruchsal P. Spring

Buchen J. K. Kiefer

Bühl Jof. Schmieder

Dietzenberg Herm. Geng

Donaueschingen W. Gäfner

Durlach J. Schanz

Eberbach Wm. Stürzbach

Ebingen S. Wittl

Emmendingen durch P. J. Demuth in

Freiburg i. S.

Eppingen H. Gehard

Friedenheim Joh. Bentinger VII.

Freiburg P. J. Demuth

Furtwangen Jof. Werber, i. S. Gebr.

Heim

Hernsbach Conr. Greven

Hänner Marz. Zehlin

Hambühren Gem.-Rat Grub

Hardheim Eugen Kiefer

Haslach G. Loh

Heidelberg Karl Späth, Hauptstr. 118

Hildmannsfeid W. Maurath

Hohenadshen H. Reinhardt

Hornberg Joh. Späthel

Hüfingen Math. Meßger, Kaufmann

Kandern Aug. Schöpflin-Länger

Kehl C. Friedr. Krieg, Kaufmann

Kenzingen Ernst Fächter

Kippenheim Aug. Neumayer

Königsfeld C. W. Jutz & Cie.

Konstanz J. Schildknecht jr.

Külsheim G. Beringer

Ladenburg Ratföhr. Jac. Drehm

Lahr Grund- u. Pfandbuchführer a. D.

Loth

Leuzkirch Arthur Lender

Lörrach Paul de Roche, Kaufmann

Mannheim Rabus & Stoll

Meersburg S. Meßger

Meßkirch durch Christian Hagen vorm.

C. Dandler in Stodach

Mingolsheim durch J. Baust in Wal-

dorf

Mosbach Ulrich Mayer

Mühlheim Friedr. Kopp

Nekarbischofsheim C. Granlich

Nedargemünd C. Kriebell

Nördlich Alb. Braun

Offenburg Anton Kern

Forzheim Albert Prestinari

Fullendorf durch Christian Hagen

vorm. C. Dandler in Stodach

Rabolszell Spartassentour. G. Fuchs

Rastatt Alb. Englert

Rothweil Heinr. Bögtle, Andreas

Sohn, in Oberrothweil

Schriesheim Gg. Fesler

Schriesheim Friedr. Drehm

Schwetzingen Jof. Fackel

Säckingen Spartassentour. Jgn.

Rösslin

Siedenheim Karl Arnold

Sinsheim Georg Giermann, Kaufm.

St. Georgen Wilh. Staiger, in Firma

Gebrüder Staiger

St. Leon Jakob Wirth

Staufen Emil Stoll

Stodach Christian Hagen, in Firma

C. Dandler

Tauberbischofsheim Emrr. Schnupp

Ueberlingen Hugo Jactel, Jn. Wül.

Wed

Willingen G. Dehorn

Waldshut Heinrich Zimmermann

Waldkirch Theod. Höggerich

Walldorf J. Baust

Weinheim Banquier Karl Bucher

Wertheim Carl Amthauer

Wolfsweiler C. Friedr. Sulzberger

Wolfsch G. Bnlacher, i. S. Haas u.

Bulacher.

9397

### Befanntmachung.

Bei unterzeichnetem Notariat ist eine Schreibgehilfenstelle mit einer Jahresvergütung von 600 M. sofort zu besetzen.

Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen alsbald melden. Inzidenten bevorzugt. 9440.2

Immendingen, den 11. Febr. 1903.

Groß. Notariat:  
Siegriß.

### Sägewarenlieferung.

Wir vergeben die Lieferung von circa 45 cbm langt geschnittenem tanenem Bauholz, ferner von circa 4000 Stück tanenem Brettern und Dielen. Angebote darauf sind bis zu dem am 27. d. M., vormittags 11 Uhr, stattfindenden Vergabetermin einzureichen.

Bedarfsliste und Bedingungen werden auf Anfrage mitgeteilt. 9468

Gr. Bad. Salinenamt Rappenaau.

## Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 15. Februar 1903 wird die Station Rheinau in den Ausnahmestellen für Steinmaß von Stationen der Eisenbahndirektionsbezirke Erfurt und Magdeburg des ostmittel-südwestdeutschen Verbandsgebietes einbezogen.

Karlsruhe, den 11. Februar 1903.

Groß. Generaldirektion.

### Vereinsregister.

Mannheim. 9457.

Zum Vereinsregister Band I D. 3.

34. „Mannheimer Ruderklub“ in

Mannheim wurde eingetragen:

Friedrich Beder und Ludwig Pfe-

fer sind als Mitglieder des Vorstandes

des wiedergewählt.

Mannheim, den 6. Februar 1903.

Groß. Amtsgericht I.

## Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Samstag, 14. Febr. Abt. C. 38. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Das goldene Vlies“. Dritte Abteilung: „Medea“, Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Sonntag, 15. Febr. Abt. A. 39. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) Neu einstudiert: „Die weiße Dame“, Oper in 3 Akten, Musik von Boieldieu. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Dienstag, 17. Febr. Abt. B. 38. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Ein Sommernachtstraum“, fantastisches Lustspiel in 3 Akten von Shakespeare, überfetzt von Schlegel, Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Donnerstag, 19. Febr. Abt. A. 40. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Die Journalisten“, Lustspiel in 5 Akten von Freytag. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Freitag, 20. Febr. Abt. B. 39. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Lobens“, Bühnenstück in 3 Akten von Ludwig Thuille, Dichtung von O. J. Bierbaum. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Samstag, 21. Febr. Abt. C. 39. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Im weißen Rössl“, Lustspiel in 5 Akten von Oskar Plumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Sonntag, 22. Febr. Abt. B. 40. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Der Zigeunerbaron“, Operette in 3 Akten, nach einer Erzählung M. Kofler, von J. Schnitzer, Musik von Johann Strauß. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Montag, 23. Febr. 11. Vorst. außer Ab. (Mittelpreise.) Einmaliges Gesamtgastspiel des Kaiserlichen Theaters in Straßburg. Zum erstenmal: „Dr. Candidat“, Lustspiel in 3 A. von Stoskopf. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Vorverkauf an Abonnenten am Samstag, den 14. d. M., nachmittags von 3 bis 5 Uhr; Reihenfolge C. A. B. Allgemeiner Vorverkauf von Montag, den 16. d. M., vormittags von 9 Uhr an.

Dienstag, 24. Febr. 12. Vorst. außer Ab. (Kleine Preise.) „Raffäpchen“, dramatisches Kindermärchen in einem Akt von Ludwig Fiedl, für die Bühne eingerichtet von Fedor Wehl, Musik von A. Mohr. — „Was und Moritz“, ein Bühnenstück in 6 Streichen, nach der Bühnengeschichte von Wilhelm Busch, für die Bühne bearbeitet von Leop. Günther, nebst einem Epilog von O. Hande, Musik von Fritz Beder. Anfang 11 Uhr vormittags, Ende nach 1 Uhr.

Bei dieser Vorstellung berechtigt je eine Eintrittskarte zum Eintritt für eine erkrankte Person und ein Kind oder für zwei Kinder.

Vorverkauf an Abonnenten am Montag, den 16. Februar, nachmittags von 3 bis 5 Uhr; Reihenfolge A, B, C. Allgemeiner Vorverkauf von Dienstag, den 17. d. M., vormittags 9 Uhr an.

### Im Theater in Baden:

Mittwoch, 18. Febr. 21. Ab.-Vorst. Zum ersten Male: „Zaide“, Oper in 2 Akten von W. A. Mozart, neu bearbeitet von Dr. Robert Girsfeld. — „Bastien und Bastienne“, Singspiel in einem Akt, mit neuem Text und Dialog von M. Kalwed, Musik von W. A. Mozart. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

### IV. Grosse 9476.10

## Geld-Lotterie

d. Bad. Landesvereins v. Roten Kreuz

Ziehung schon 7. März 1903

3888 Geldgew. 44000

zds. Mk. 44000

Hauptgew. M. 15000

1 Gew. M. 15000

1 Gew. M. 5000

2 à 1000 = 2000

4 à 500 = 2000

30 à 100 = 3000

150 à 20 = 3000

400 à 10 = 4000

u. 2800 zus. 10 000

Auszahlbar bar ohne Abzug.

1 Los 1 M., 11 Los 10 M.

Porto und Liste 25 Pf.

Nachnahme teuer, empfiehlt

J. Stürmer, Strassburg i. E.

General-Debit, Langestr. 107

Carl Götz,

Karlsruhe, Hebelstr. 11/15.



Die bedeutendsten Meister des Klavierbaus sowie die ersten musikalischen Kreise benutzen zur Zeit die Pianet u. Pianinos von Steinweg, Blüthner, Steinweg Nachf. u. Steinweg & Söhne

Dieser Kunstwerke ist ein wunderbarer Gesangreichtum des Tones eigen, verbunden mit ausgezeichneter Spielart und gebührt denselben unstrittig der erste Platz in der Instrumentenbaukunst. 12.9

Die erwähnten Fabrikate sind bei Hoflieferant Schneidgut, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4, Telefon 1711, in schöner Auswahl zum Verkauf ausgestellt.

### Befanntmachung.

Die Ziehung der zur Heimzahlung bestimmten Schuldverschreibungen des Kreisverbandes Freiburg betreffend.

Bei der heute vorschrittsgemäß vorgenommenen Ziehung wurden folgende Nummern der zur Heimzahlung bestimmten Schuldverschreibungen des Kreisverbandes von 1879 gezogen:

Kit. A.: à 1000 M. Nr. 14, 29, 43,

85, 131, 137,

Kit. B.: à 500 M. Nr. 107, 167,

234, 235,

Kit. C.: à 200 M. Nr. 190, 241.

Diese Obligationen, mit ihrem Nennwert von zusammen 8400 M., werden zur Heimzahlung auf 1. September 1903 gekündigt, von welchem Tage an keine weiteren Zinsen mehr vergütet werden. 9470.

Die Zahlung geschieht bei der Kreisasse hier, sowie der Rheinischen Kreditbank in Mannheim und deren Filialen in Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibung mit den dazu gehörigen Zinscoupons und Talons.

Freiburg, den 9. Februar 1903.

Der Kreisassistent:

Frhr. Wöllin.